

Felix Butschek

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 1992

1. Oktober: Die schwedische Regierung setzt im Einvernehmen mit den oppositionellen Sozialdemokraten ihr Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft fort. So werden die Arbeitge-

Ausland

berabgaben um 5% gesenkt. Hingegen wird der Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von 18% auf 21% angehoben, und der jährliche Urlaubsanspruch wird um 2 Tage verringert

21. Oktober: Die Deutsche Bundesbank senkt die Zinssätze für Wertpapier-Pensionsgeschäfte von 8,9% auf 8¼% bis 8,8%; die Notenbanken Belgiens und der Niederlande verringern den Diskontsatz jeweils um ¼ Prozentpunkt auf 7¼%

2. November: Die Banque de France setzt beide Leitzinssätze herab: den Geldmarktzins von 9,6% auf 9,35%, den Zinssatz für Pensionsgeschäfte von 10½% auf 10¼%

5. November: Die schwedische Regierung spricht eine unbefristete Garantie für die Verpflichtungen der Banken aus. In den vergangenen zwei Jahren wurden die schwedischen Banken bereits mit 40 Mrd. Kronen (75 Mrd. S) subventioniert.

12. November: Die Bank of England senkt die Leitzinsen um 1 Prozentpunkt von 8% auf 7%, die Banque de France nochmals um ¼ Prozentpunkt, und auch die italienische Notenbank verringert den Diskontsatz von 14% auf 13%.

19. November: Die schwedische Notenbank sieht sich nicht in der La-

Die internationale Wirtschaftspolitik wurde im IV. Quartal 1992 einerseits durch die Senkung der Leitzinsen durch mehrere Notenbanken charakterisiert, andererseits durch die Anpassung der Währungsrelationen. Diese Entwicklung bestimmte auch die Währungspolitik in Österreich. Im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Debatte in Österreich standen die Anhebung des Pensionsalters der Frauen auf jenes der Männer sowie das dafür zum Ausgleich vorgesehene „Gleichbehandlungspaket“.

ge, die Krone länger an das Europäische Währungssystem zu binden und gibt den Kurs frei. Die Regierung versucht durch ein weiteres Sparpaket den Kronenkurs zu stabilisieren

22. November: Die spanische Peseta und der portugiesische Escudo werden im Rahmen des Europäischen Währungssystems um jeweils 6% abgewertet.

25. November: Norwegen stellt neuerlich den EG-Beitrittsantrag. Norwegen ist nach Österreich und Schweden das dritte EFTA-Land, das die EG-Mitgliedschaft beantragt hat.

6. Dezember: Die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum ergibt eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten (50,3% gegen 49,7%) und eine deutliche Mehrheit der Kantone für den Nichtbeitritt.

11. Dezember: Die norwegische Nationalbank gibt den Kurs der Krone frei und beendet damit die Bindung an den ECU. Gleichzeitig wird der Taggeldsatz von 16% auf 11% zurückgenommen. Der Kurs der Krone fällt daraufhin gegenüber den Währungen

der wichtigsten Handelspartner um rund 6%.

12. Dezember: Der EG-Gipfel in Edinburgh beschließt Dänemark die gewünschten Ausnahmeregelungen von den Maastrichter Verträgen zu gewähren sowie die Verhandlungen mit den beitragswilligen EFTA-Staaten aufzunehmen. Die Finanzierung der Gemeinschaft wird bis 1999 neu festgelegt.

Österreich

1. Oktober: Die österreichischen Geldinstitute senken den Eckzinssatz von 3¼% auf 3½%. Damit verringern sich auch die anderen Einlage- und zumeist auch die Kreditzinsen.

20. Oktober: Der Aufsichtsrat der ÖIAG beschließt, die Branchenholdings aufzulösen und die ÖMV aus der Austrian Industries AG auszugliedern. Die nunmehr direkt der ÖIAG unterstehende ÖMV soll verkauft werden.

21. Oktober: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den Diskontsatz von 8¼% auf 8%, den Lombardsatz von 9½% auf 9¼% und den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte von 8¼% auf 8½%.

28. Oktober: Die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter einigt sich mit den Arbeitgebern auf eine Erhöhung der Ist-Löhne von 3,9% sowie der Kollektivvertragslöhne von 5,2%. Dazu kommt eine einmalige Zahlung in der Höhe von 2.000 S.

31. Oktober: Anlässlich eines Expertengesprächs in Dürnstein lädt Lan-

deshauptmann Pröll die Slowakei ein, in der Planungsgemeinschaft Ost (Wien, Niederösterreich, Burgenland) mitzuarbeiten. Im Zuge dieses Gespräches werden u. a. eine Zusammenarbeit der Flughäfen Wien und Preßburg, der Bau einer Schnellbahn Wien-Marchegg-Preßburg sowie eine Verlängerung der Schnellbahn von Wolfsthal nach Preßburg diskutiert. Ministerpräsident Mečiar stellt den Bau eines Anschlusses an das slowakische Autobahnnetz in Aussicht. Landeshauptmann Pröll erteilt der Landesamtsdirektion den Auftrag, Verhandlungen über die Autobahnverbindung aufzunehmen.

2. November: Wirtschaftsminister Schüssel erzielt im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Prag mit seinen Gesprächspartnern darüber Einigung, daß das Freihandelsabkommen mit der ČSFR auch für die Nachfolgestaaten gelten werde

10. November: Im Ministerrat wird beschlossen, den Richtsatz für die Erhöhung der ASVG-Pensionen mit 4% anzusetzen. Diese Steigerung entspricht bereits dem Konzept der „Nettoanpassung“.

23. November: Die vier Sozialpartner — Bundeswirtschaftskammer, Bundesarbeitskammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern — legen erstmals in ihrer Geschichte Statuten für ihre Zusammenarbeit fest. Als gemeinsames Ziel wird die „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft“ definiert; außerdem wird erklärt, daß die Steuer- und Abgaben-

quote (Staatsquote) ihren oberen Grenzwert erreicht habe. Zentrale Bedeutung werde der „Paritätischen Kommission“ zukommen, welche vierteljährlich zusammentreten und zu welcher man auch den Finanzminister einladen werde. Paritätisch besetzte Ausschüsse sollen für spezielle Fragen ins Leben gerufen werden.

25. November: Die Bundesregierung sowie die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten einigen sich auf eine Erhöhung der Beamtenegehälter um 3,95% mit 1. Jänner 1993.

1. Dezember: Das Pensionsalter der Frauen wird ab 2018 innerhalb von zehn Jahren auf das Niveau der Männer angehoben. Bis dahin wird das unterschiedliche Pensionsalter verfassungsmäßig festgeschrieben.

Zum Ausgleich zur Erhöhung des Pensionsalters wird ab 1993 das „Frauenpaket“ realisiert. Dieses enthält u. a. eine Ausdehnung des Anspruchs auf Pflegeurlaub auf 2 Wochen, das Recht auf Schadenersatz bei geschlechtsspezifischer Benachteiligung oder sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, den Anspruch auf Teilzeitarbeit vom 1. bis zum 4. Lebensjahr des Kindes, geschlechtsneutrale Stellenausschreibung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

2. Dezember: Durch das neue Fremden-gesetz kann u. a. ab 1993 ein Touristenvisum nicht mehr verlängert werden, ausländische Jugendliche ab 14 Jahren können in Schubhaft genommen werden, und Ausländer, die derzeit illegal in Österreich arbeiten, müssen in ihre Heimat zurückkehren,

um dort einen Aufenthaltsantrag zu stellen. Bürger aus EWR-Staaten sind zum Aufenthalt in Österreich berechtigt.

3. Dezember: Das Bankhaus Rössler muß seine Schalter schließen. Das Finanzministerium hat der im Mehrheitsbesitz der Residenz Realbesitz AG befindlichen Wertpapierbank mittels Bescheid die Geschäftstätigkeit untersagt. Die Maßnahme ist vorläufig bis 20. Jänner befristet.

14. Dezember: Per 1. Jänner 1993 werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4,9% auf 5,3% erhöht, die Rezeptgebühr steigt von 28 S auf 30 S und die Krankenversicherungsbeiträge der Pensionisten steigen von 3% auf 3,5%. Der Versicherungsanteil für Heilbeihilfe beträgt statt 210 S nun 230 S. Die ÖBB erhöhen die Personentarife um 5,7%, die Frachttarife um 3,7%.

18. Dezember: Kernpunkt der Novelle zur Gewerbeordnung ist der Wegfall konzessionierter Gewerbe. Ferner werden die Zulassungsvoraussetzungen zur Meisterprüfung vereinfacht.

Mit 1. Jänner 1993 wird die Kapitalertragsteuer (KESt) auf Zinsen aus Spareinlagen, Bankguthaben und Anleihen von 10% auf 22% erhöht. Die neue KESt deckt in diesem Bereich auch Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer ab.

Die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung wird mit 1. Jänner 1993 auf 7 000 S, für Ehepaare auf 9 967 S angehoben.

Abgeschlossen am 11. Jänner 1993